



**Abgebildet:** Die Samariter (im Bild: Gerhard Czappek, Robert Lauf und Hermann Neun) zeigten stets Gesprächsbereitschaft mit dem Roten Kreuz

**D**er Monopolist hat Zeit – mehr als potenzielle Konkurrenten. Der Monopolist hat Geld – mehr als potenzielle Konkurrenten. Und der Monopolist hat Freunde – wichtigere als potenzielle Konkurrenten. Diese drei Punkte sind es, die das Leben von Platzhirschen so unheimlich angenehm machen und das Überleben von Mitbewerbern so unheimlich schwierig. Das Rote Kreuz ist so ein Monopolist und spätestens seit der Streit um den Notarztstützpunkt Wörgl eskalierte, ist klar, dass auch jener Monopolist, der sich mit dem Mäntelchen der Menschlichkeit schmückt, nicht davor zurückschreckt, die für Kleine tödlichen Instrumente einzusetzen. Allem Anschein nach trägt dieses demokratisch höchst unappetitliche System in Tirol erneut einen Sieg davon.

In Wörgl hatte es der Arbeitersamariterbund (ASB) im vergangenen Jahr gewagt, durch die Errichtung und den Betrieb eines Notarztendienstes in hoheitlichen Rot-Kreuz-Gewässern zu fischen. In Absprache mit der Stadtgemeinde und zu deren vollster Zufriedenheit fassten die „Samariter“ mit ihrer lebensrettenden Dienstleistung damit dort Fuß, wo das Rote Kreuz sich stets weigerte, diese Aufgabe zu übernehmen.

Wie ECHO berichtete („Leben und Tod“, ECHO 11/04), hatte der Kufsteiner Zweig des großen Hilfs-Konzerns schon zuvor schauerliche Aktionen gesetzt, doch als es Ende 2004 darum ging, den Notarzt-Stützpunkt-Vertrag mit den Samaritern zu verlängern, schlug das Monopol mit voller Härte zu. Um das durch den Samariterbund gefährdete „Notarzt-Revier“ zu säubern, brach das Rote Kreuz eine rechtliche Auseinandersetzung vom Zaun, in deren Verlauf es die Gemeinde Wörgl vor sich her trieb.

## Wörgl-Monopoly

**Notarztstreit.** Der Streit um den Notarztstützpunkt Wörgl riss Gräben in der Unterländer Gemeinde auf. Lachender Dritter ist einzig das Rote Kreuz, das sein Monopol mit allen Mitteln verteidigt.

Die hatte sich bereits entschieden, den Vertrag mit dem ASB zu verlängern, doch das Rote Kreuz erhob Einspruch, erzwang die neuerliche Ausschreibung des Notarzt-Stützpunktes und erhielt den Zuschlag. Der Weg dorthin wird von vielen Seiten kritisiert. Und in Wörgl scheint heute kein politischer Stein mehr auf dem anderen.

**Der Graben.** „Ich werde mich nun wieder vermehrt den anderen wichtigen Projekten in unserer Stadt zuwenden, die durch die permanente Notarzdiskussion etwas ins Hintertreffen geraten sind“, sagt der Wörgler Bürgermeister Arno Abler zu seinem Terminplan der näheren Zukunft. Doch bei dem Gedanken, die Diskussion sei beendet

und das „normale“ kommunalpolitische Wörgler Leben könne wieder beginnen, scheint der Wunsch Vater zu sein.

In der letzten Gemeinderatsitzung sah sich der Bürgermeister heftiger Kritik bezüglich der Vergabe an das Rote Kreuz ausgesetzt. Elf Gemeinderäte teilten ihm mit, sich in der Causa Notarztssystem falsch informiert zu fühlen, die Grünen unter ihnen forderten einen Untersuchungsausschuss, um zu klären, ob es bei der Ausschreibung wirklich mit rechten Dingen zugegangen ist. In einer von den Bezirksblättern in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage erhielt Abler zudem miese Noten. Nur vier Prozent bestätigten ihm darin „sehr gut“ zu arbeiten und 67 Prozent der Wörgler fordern eine

Volksabstimmung zur Vergabe des Notarzt-systems. Und das alles, weil sich das Rote Kreuz auf den Schlipps getreten fühlte.

„Was die veröffentlichte Meinung zu meiner Person im Notarztstreit betrifft, so schmerzt das Ergebnis schon etwas“, sagt Abler, „nicht deshalb, weil die Umfragewerte in dieser Frage nicht berauschend sind, sondern deshalb, weil die Vorwürfe ungerechtfertigt sind.“ Der Bürgermeister sieht sich zu Unrecht beschuldigt, einerseits weil die Ausschreibung nicht von ihm, sondern von den Fraktionsführern aller im Gemeinderat vertretenen Parteien in Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt erarbeitet wurde und die Vergabe schließlich dieser Ausschreibung entsprechend erfolgt sei. „Aus meiner Sicht ist jeder Schritt rechtlich einwandfrei“, sagt er.

Dem widersprechen nicht nur Gemeinderäte, die für die März-Sitzung diesbezüglich Dringlichkeitsanträge eingebracht haben, sondern auch der ASB, der bei der möglicherweise illegalen Vergabe den Kürzeren zog. Der vom Roten Kreuz in dessen Panik flugs angerufene Unabhängige Verwaltungssenat hatte im September 2004 beispielsweise die EU-weite Ausschreibung des Dienstleistungsauftrages gefordert. Dies ist nicht passiert. Des Weiteren könnte der Umstand, dass der Wörgler Stadtrat durch einen Gemeinderatsbeschluss zwar zur Ausarbeitung und Veröffentlichung des Vergabetextes, nicht aber zur Erteilung des Zuschlages ermächtigt war, den Vertrag mit dem Roten Kreuz nichtig machen.

Letztlich muss das Rote Kreuz verantworten, was in der Unterländer Gemeinde derzeit abgeht. Das Wörgler Monopoly hinterlässt viel verbrannte Erde.

Alexandra Keller ■